

Bericht über die Prüfung
des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023
und des Lageberichts
für das Geschäftsjahr 2023
der
Maag GmbH
Ense



Inhaltsverzeichnis

A. Prüfungsauftrag	1
B. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	2
C. Grundsätzliche Feststellungen	5
C.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	5
D. Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse	7
D.1 Vermögenslage und Kapitalstruktur	7
D.2 Finanzlage	10
D.3 Ertragslage	11
E. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	13
E.1 Prüfungsdurchführung	13
E.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung	13
F. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	15
F.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	15
F.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses	16
F.2.1 Bewertungsgrundlagen	16
F.2.2 Zusammenfassende Beurteilung	16
G. Schlussbemerkung	17

Anlagen

Bilanz zum 31. Dezember 2023	1
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023	2
Anhang	3
Lagebericht	4
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	5
Rechtliche Verhältnisse	6
Wirtschaftliche Verhältnisse	7
Steuerliche Verhältnisse	8
Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023	9
Allgemeine Auftragsbedingungen	

Hauptteil

A. Prüfungsauftrag

Die Geschäftsführung der

Maag GmbH,

Ense

(im Folgenden auch "Maag GmbH" oder "Gesellschaft" genannt)

hat uns aufgrund des Beschlusses der Gesellschafterversammlung vom 8. September 2023 mit der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und des Lageberichts beauftragt.

Erwartungsgemäß haben wir zusätzlich einen Erläuterungsteil erstellt, der diesem Bericht als Anlage 9 beigelegt ist. Der Erläuterungsteil enthält Aufgliederungen und Hinweise zu den einzelnen Posten des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 unter Angabe der jeweiligen Vorjahreszahlen.

Bei unserer Abschlussprüfung haben wir die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet.

Für diesen Auftrag gelten, auch im Verhältnis zu Dritten, unsere als Anlage beigelegten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024. Wir verweisen ergänzend auf die dort in Ziffer 9 enthaltenen Haftungsregelungen und auf den Haftungsausschluss gegenüber Dritten.

Der vorliegende Prüfungsbericht ist an die Gesellschaft gerichtet. Er wurde nach IDW PS 450 n.F. (10.2021) erstellt.

Dieser Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses ist nicht zur Weitergabe an Dritte bestimmt. Soweit er mit unserer Zustimmung an Dritte weitergegeben wird bzw. Dritten mit unserer Zustimmung zur Kenntnis vorgelegt wird, verpflichtet sich die Gesellschaft, mit dem betreffenden Dritten schriftlich zu vereinbaren, dass die vereinbarten Haftungsregelungen auch für mögliche Ansprüche des Dritten uns gegenüber gelten sollen.

B. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung haben wir am 3. Juni 2024 dem als Anlagen 1 bis 3 beigefügten Jahresabschluss der Maag GmbH, Ense, zum 31. Dezember 2023 und dem als Anlage 4 beigefügten Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt, der von uns an dieser Stelle wiedergegeben wird:

"BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Maag GmbH

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Maag GmbH – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Maag GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Be-

langen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Die Website des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) enthält unter "<https://www.idw.de/idw/verlautbarungen/bestaetigungsvermerk/1-v2-hgb-ja-non-pie>" eine weitergehende Beschreibung der Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Diese Beschreibung ist Bestandteil unseres Bestätigungsvermerks."

C. Grundsätzliche Feststellungen

C.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse halten wir die Darstellung und Beurteilung der Lage des Unternehmens und seiner voraussichtlichen Entwicklung durch die gesetzlichen Vertreter im Jahresabschluss und im Lagebericht für zutreffend.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung ist die Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zutreffend.

Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Hervorzuheben sind insbesondere folgende Aspekte:

Die europäische Kunststoffindustrie blickt auf ein weiteres herausforderndes Jahr zurück; geprägt von teilweise deutlichen Nachfragerückgängen, Unternehmensschließungen und der ständigen Auseinandersetzung mit der Thematik der Nachhaltigkeit.

All dies führte dazu, dass die wirtschaftlichen Ertragserwartungen der Gesellschaft nicht erfüllt werden konnten.

Der Umsatz ist um 17,0 % gesunken. Dies ist zum einen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und zum anderen dem Umsatzrückgang bei zwei Großkunden geschuldet, die zum einen ihr Verpackungssystem auf Papier umstellen und sich zum anderen in Billiglohnländer umsehen.

Ein Teil dieses Umsatzverlustes konnte durch interessante Neukunden aufgefangen werden.

Da jedoch auch der Einkaufssektor Veränderungen zeigt, konnte der Materialeinsatz von 63,5% auf 57,4 % verringert werden.

Einsparungen bei den Personalkosten (- TEuro 154) und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- TEuro 303) durch auslaufende Leasingverpflichtungen führten zu einem EBIT von TEuro 239, welches um TEuro 112 höher ist als im Vorjahr.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen von TEuro 903 stehen entsprechende Verbindlichkeiten gegenüber (TEuro 954). Die Finanzlage ist als solide zu bezeichnen. Verbindlichkeiten werden fristgerecht und in der Regel unter Abzug von Skonto beglichen.

Aufgrund des positiven Jahresergebnisses und des gesunkenen Gesamtkapitals konnte die Eigenkapitalquote auf 43,2 % erhöht werden.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung der Maag GmbH im Lagebericht basiert auf Annahmen, bei denen Beurteilungsspielräume vorhanden sind. Wir halten diese Darstellung für plausibel. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf folgende Kernaussagen hinzuweisen:

Der Kunststoffverpackungsmarkt unterliegt einer großen Regulatorik von nationaler und internationaler Politik. Die Gesellschaft ist bemüht an diesen Eingriffen mitzuwirken um zum einen schnell reagieren zu können und zum anderen ihren Kunden Lösungen anbieten zu können.

Kunststoff wird auch in Zukunft ein unverzichtbarer Verpackungsmaterial bleiben; allerdings wird die Wiederverwertbarkeit eine immer größere Rolle spielen.

Maag ist jedoch auf die kommenden Aufgaben gut vorbereitet und hat auch ein Nachhaltigkeitskonzept für sich und seine Kunden entwickelt.

Die Geschäftsführung sieht sich in den nächsten Jahren einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt. Behördliche Eingriffe in den Verpackungsmarkt, instabile wirtschaftliche Rahmenbedingungen verstärkt durch Fachkräftemangel oder Arbeitszeitdiskussionen machen eine stabile Prognose schwierig.

Dennoch erwartet die Gesellschaft eine Umsatzsteigerung von mehr als 1,5 Mio. Euro bei einer deutlich verbesserten Ertragssituation.

D. Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse

Zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben wir die Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geordnet, wobei sich die Darstellung auf eine kurze Entwicklungsanalyse beschränkt. Die Analyse ist nicht auf eine umfassende Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft ausgerichtet. Zudem ist die Aussagekraft von Bilanzdaten - insbesondere aufgrund des Stichtagsbezuges der Daten - relativ begrenzt.

Anlage 9 enthält über den Anhang (Anlage 3) hinaus, weitergehende Aufgliederungen und Erläuterungen der wesentlichen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.

D.1 Vermögenslage und Kapitalstruktur

Vermögenslage und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen in TEuro für die beiden Abschlussstichtage 31. Dezember 2023 und 31. Dezember 2022.

Vermögensstruktur

	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro
Anlagevermögen					
Immaterielle Vermögensgegenstände	4	0,1	12	0,2	-8
Sachanlagen	2.617	40,7	2.986	43,1	-369
Finanzanlagen	3	0,0	3	0,0	0
	<u>2.624</u>	<u>40,8</u>	<u>3.001</u>	<u>43,3</u>	<u>-377</u>
Umlaufvermögen					
Vorräte	1.635	25,4	1.917	27,7	-282
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	903	14,1	834	12,0	69
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	220	3,4	162	2,3	58
Sonstige Vermögensgegenstände	175	2,7	203	2,9	-28
Liquide Mittel	771	12,0	800	11,6	-29
	<u>3.704</u>	<u>57,6</u>	<u>3.916</u>	<u>56,5</u>	<u>-212</u>
Rechnungsabgrenzungsposten	<u>99</u>	<u>1,6</u>	<u>13</u>	<u>0,2</u>	<u>86</u>
Summe Aktiva	<u><u>6.427</u></u>	<u><u>100,0</u></u>	<u><u>6.930</u></u>	<u><u>100,0</u></u>	<u><u>-503</u></u>

Kapitalstruktur

	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro
Wirtschaftliches Eigenkapital					
Gezeichnetes Kapital	550	8,6	550	8,0	0
Gewinnvortrag	2.087	32,5	2.030	29,3	57
Jahresüberschuss	132	2,1	57	0,8	75
	<u>2.769</u>	<u>43,2</u>	<u>2.637</u>	<u>38,1</u>	<u>132</u>
Langfristiges Fremdkapital					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	143	2,2	314	4,5	-171
Kurz- und mittelfristiges Fremdkapital *)					
Steuerrückstellungen	2	0,0	0	0,0	2
Sonstige Rückstellungen	297	4,6	383	5,5	-86
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.168	33,7	2.317	33,4	-149
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	954	14,8	1.182	17,1	-228
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	24	0,4	0	0,0	24
Sonstige Verbindlichkeiten	46	0,7	70	1,0	-24
	<u>3.491</u>	<u>54,2</u>	<u>3.952</u>	<u>57,0</u>	<u>-461</u>
Passive latente Steuern	24	0,4	27	0,4	-3
Summe Passiva	<u>6.427</u>	<u>100,0</u>	<u>6.930</u>	<u>100,0</u>	<u>-503</u>

*) = davon kurzfristige Verbindlichkeiten
(RLZ bis 1 Jahr)

1.607 1.757

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEuro 503 bzw. 7,3 % auf TEuro 6.427 verringert.

Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus um TEuro 377 reduziertem Anlagevermögen sowie einem Rückgang des Vorratsvermögens (- TEuro 282). Gegenläufig haben sich insbesondere die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+ TEuro 69), Forderungen gegen verbundene Unternehmen (+ TEuro 58) sowie Aktive Rechnungsabgrenzungsposten (+ TEuro 86) entwickelt.

Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen hat sich von 43,3 % in 2022 auf 40,8 % in 2023 reduziert.

Die Verminderung der immateriellen Vermögensgegenstände um TEuro 8 resultiert im Wesentlichen aus Abschreibungen.

Der Rückgang bei den Sachanlagen um TEuro 369 beruht zum einen auf Abschreibungen in Höhe von TEuro 458, zum anderen auf Abgängen zu einem Buchwert von TEuro 184. Zugänge haben sich in Höhe von TEuro 273 ergeben.

Dementsprechend hat sich das mittel- und kurzfristige Vermögen um TEuro 126 bzw. 3,2 % auf nunmehr TEuro 3.803 vermindert.

Die Verminderung der Vorräte um TEuro 282 resultiert im Wesentlichen aus einem Abbau der Fertigware (- TEuro 198).

Der Anstieg der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um TEuro 99 resultiert insbesondere aus einem Anstieg der Lieferungs- und Leistungsforderungen (+ TEuro 69), da die Factoringbank einen größeren Kunden nicht in voller Höhe angekauft hat.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEuro 99 beinhaltet eine Leasingsonderzahlung von TEuro 41, Miet- und Mietnebenaufwendungen in Höhe von TEuro 40 sowie Wartungskosten von TEuro 18.

Das Eigenkapital der Gesellschaft ist um TEuro 132 bzw. 5,0 % auf TEuro 2.769 angestiegen.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt damit zum Abschlussstichtag 43,2 % des Gesamtkapitals gegenüber 38,1 % im Vorjahr.

Die Rückstellungen haben insgesamt um TEuro 84 abgenommen, was insbesondere mit im Vorjahr später ausgezahltem Weihnachtsgeld zusammenhing.

Die Verbindlichkeiten sind um TEuro 548 zurückgegangen; davon im Wesentlichen tilgungsbedingt TEuro 320 bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und TEuro 228 bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

D.2 Finanzlage

Einen Überblick über die Herkunft und über die Verwendung der finanziellen Mittel des geprüften Unternehmens gibt die nachstehende Kapitalflussrechnung, welche die Zahlungsmittelflüsse nach der indirekten Methode darstellt und den Grundsätzen des vom Deutschen Standardisierungsrat DSR erarbeiteten Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 21 (DRS 21) entspricht.

	2023 TEuro	2022 TEuro
Periodenergebnis (Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag einschließlich Ergebnisanteile anderer Gesellschafter)	132	57
+/- Abschreibungen / Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	465	425
+/- Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	-71	115
+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	-11	-2
-/+ Zunahme / Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	95	-149
+/- Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-231	-787
-/+ Gewinn / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	5	0
+/- Zinsaufwendungen / Zinserträge	104	73
+/- Ertragsteueraufwand/-ertrag	3	-4
-/+ Ertragsteuerzahlungen	-2	234
= Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	489	-38
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0	2
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	179	0
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	273	441
+ Erhaltene Zinsen	6	0
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-88	-443
+ Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	201	0
- Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	545	503
- Gezahlte Zinsen	110	73
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-454	-1.276
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 15, 30, 43)	-53	-1.757
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	800	2.557
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	747	800

D.3 Ertragslage

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2023 und 2022 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

	2023		2022		Ergebnis- veränderung
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro
Umsatzerlöse	18.529	101,0	22.322	100,3	-3.793
Bestandsveränderungen	-185	-1,0	-75	-0,3	-110
Betriebsleistung	18.344	100,0	22.247	100,0	-3.903
Materialaufwand	10.520	57,4	14.124	63,5	3.604
Rohertrag I	7.824	42,6	8.123	36,5	-299
Personalaufwand	3.977	21,7	4.131	18,6	154
Rohertrag II	3.847	20,9	3.992	17,9	-145
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.197	17,4	3.500	15,7	303
Sonstige Steuern	-8	0,0	5	0,0	13
Sonstige betriebliche Erträge	46	0,3	64	0,3	-18
EBITDA	704	3,8	551	2,5	153
(= Ergebnis vor Ertragsteuern, Zinsen und Abschreibungen)					
Abschreibungen	465	2,5	425	1,9	-40
EBIT	239	1,3	126	0,6	113
(=Ergebnis vor Ertragsteuern und Zinsen)					
Finanzergebnis	-104	-0,6	-73	-0,3	-31
Ordentliches Unternehmensergebnis	135	0,7	53	0,3	82
Steuern vom Einkommen und Ertrag	3	0,0	-4	0,0	-7
Jahresergebnis	132	0,7	57	0,3	75

Die Betriebsleistung ist mit TEuro 18.344 um TEuro 3.903 (17,5 %) gesunken. Der Materialaufwand ist absolut um TEuro 3.604 und in Relation zur Gesamtleistung um 6,1 %-Punkte auf 57,4 % gesunken. So hat sich auch der Rohertrag um TEuro 299 auf TEuro 7.824 vermindert.

Der Personalaufwand ist durch eine verringerte Mitarbeiteranzahl insgesamt um TEuro 154 gesunken. In Relation zur Gesamtleistung hat sich die Personalaufwandsquote entsprechend ebenfalls von 18,6 % im Vorjahr auf 21,7 % im Jahr 2023 erhöht.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich absolut um TEuro 303 vermindert. Dagegen sind sie in Relation zur Gesamtleistung von 15,7 % auf 17,4 % angestiegen. Insbesondere die Betriebskosten (- TEuro 124) und auch Vertriebskosten (- TEuro 194) haben sich verringert; dagegen sind die Verwaltungskosten (+ TEuro 12) geringfügig gestiegen.

Die wesentlichen Positionen dieser Aufwendungen sind Leasinggebühren für bewegliches Anlagevermögen mit TEuro 496 (Vorjahr TEuro 710), Ausgangsfrachtkosten mit TEuro 451 (Vorjahr TEuro 504), Gebäudemieten mit TEuro 429 (Vorjahr TEuro 429), Stromkosten mit TEuro 200 (Vorjahr TEuro 230), Betriebsbedarf mit TEuro 180 (Vorjahr TEuro 189), Verpackungsmaterial mit TEuro 276 (Vorjahr TEuro 420), Reparaturen und Instandhaltungen mit TEuro 128 (Vorjahr TEuro 155), Wartungskosten für Hard- und Software mit TEuro 97 (Vorjahr TEuro 90) sowie Gaskosten mit TEuro 175 (Vorjahr TEuro 114).

Die um TEuro 18 auf TEuro 46 gesunkenen sonstigen betrieblichen Erträgen enthalten im Wesentlichen Sachbezüge der Arbeitnehmer in Höhe von TEuro 19 (Vorjahr TEuro 23).

Bei gestiegenen Abschreibungen (+ TEuro 40) ergibt sich ein EBIT von TEuro 239, welches um TEuro 113 höher ist als im Vorjahr.

Das Finanzergebnis hat sich aufgrund gestiegener Factoringzinsen von -TEuro 73 um TEuro 31 auf -TEuro 104 verringert.

Mit einem EBIT von TEuro 239, einem negativen Finanzergebnis von TEuro 104 und gestiegenen Ertragsteuern (+ TEuro 7) ergibt sich ein Jahresergebnis von TEuro 132, welches um TEuro 75 über dem Vorjahresergebnis liegt.

E. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

E.1 Prüfungsdurchführung

Im Rahmen des uns erteilten Auftrags haben wir gemäß § 317 HGB die Buchführung, den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - und den Lagebericht auf die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften geprüft.

Die maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätze für unsere Prüfung des Jahresabschlusses waren die Rechnungslegungsvorschriften der §§ 242 bis 256a und der §§ 264 bis 288 HGB sowie die Sondervorschriften des GmbH-Gesetzes. Ergänzende Bilanzierungsbestimmungen aus dem Gesellschaftsvertrag ergeben sich nicht. Prüfungskriterien für den Lagebericht waren die Vorschriften des § 289 HGB.

E.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

Unsere Prüfung haben wir in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Die Prüfung erstreckt sich nicht darauf, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

Grundlage unseres risikoorientierten Prüfungsansatzes ist die Entwicklung einer Prüfungsstrategie und eines darauf abgestimmten Prüfungsprogramms, mit dem Ziel ausreichende geeignete Prüfungsnachweise zu erlangen, um das Prüfungsrisiko auf ein vertretbar niedriges Maß zu reduzieren. Das Prüfungsprogramm enthält die von den Mitgliedern des Prüfungsteams durchzuführenden Prüfungshandlungen nach Art, zeitlicher Einteilung und Umfang.

Bei der Identifizierung und Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern auf Abschluss- und Aussageebene erlangen wir ein Verständnis von dem Unternehmen und dessen Umfeld, einschließlich des internen Kontrollsystems und ggf. der für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen. Darauf aufbauend führen wir ggf. Funktionsprüfungen durch, um die Wirksamkeit von relevanten Kontrollen zu beurteilen. Die Erkenntnisse aus diesen Prüfungshandlungen haben wir bei der Festlegung der aussagebezogenen analytischen Prüfungshandlungen und der Einzelfallprüfungen berücksichtigt, die darauf ausgerichtet sind, wesentlich falsche Darstellungen aufzudecken.

Bei der Planung und Durchführung der Prüfung als auch bei der Beurteilung der Auswirkungen von identifizierten falschen Darstellungen auf die Prüfung und von etwaigen nicht korrigierten falschen Darstellungen auf den Jahresabschluss und ggf. den Lagebericht haben wir das Konzept der Wesentlichkeit beachtet.

Unser Prüfungsprogramm hat folgende Schwerpunkte umfasst:

- Analyse des Prozesses der Jahresabschlusserstellung/Einsatz von IT
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
- Realisation der Umsatzerlöse
- Anhangangaben

Weiterhin haben wir u.a. folgende Standardprüfungshandlungen vorgenommen:

Von der zutreffenden Bilanzierung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben wir uns durch Einholung von Saldenbestätigungen nach einer durch uns getroffenen Auswahl überzeugt.

Bankbestätigungen wurden von Kreditinstituten eingeholt. Rechtsanwaltsbestätigungen über schwebende Rechtsstreitigkeiten wurden erbeten und erteilt.

Darüber hinaus wurden Arbeiten von Sachverständigen des Abschlussprüfers im Zusammenhang mit der IT-Systemprüfung der Gesellschaft verwertet.

An der körperlichen Bestandsaufnahme der Vorräte haben wir beobachtend teilgenommen.

Die Eröffnungsbilanzwerte wurden ordnungsgemäß aus dem von uns geprüften Vorjahresabschluss übernommen.

Alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise sind erbracht worden. Die gesetzlichen Vertreter haben uns die Vollständigkeit dieser Aufklärungen und Nachweise sowie der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichts schriftlich bestätigt.

F. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

F.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht die Buchführung den gesetzlichen Vorschriften. Die aus weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen haben zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht geführt.

Als zusammenfassendes Ergebnis unserer Prüfung, die sich auf

- die Ordnungsmäßigkeit der Bestandteile des Abschlusses und deren Ableitung aus der Buchführung,
- die Ordnungsmäßigkeit der im Anhang gemachten Angaben,
- die Beachtung der Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften,
- die Beachtung aller für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und aller größenabhängigen, rechtsformgebundenen oder wirtschaftszweigspezifischen Regelungen und
- die Beachtung von Regelungen des Gesellschaftsvertrags, soweit diese den Inhalt der Rechnungslegung betreffen,

erstreckt hat, haben wir den in Abschnitt B. wiedergegebenen Bestätigungsvermerk erteilt.

Die Gesellschaft macht hinsichtlich der Angaben zu Geschäftsführerbezügen von der Schutzklausel gemäß § 286 Abs. 4 HGB nach unserer pflichtgemäßen Beurteilung der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse zu Recht Gebrauch.

F.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

F.2.1 Bewertungsgrundlagen

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie den für die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden maßgeblichen Faktoren einschließlich etwaiger Auswirkungen von Änderungen an diesen Methoden machen wir folgende Angaben:

- Die Bilanzierung und Bewertung erfolgt unter Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (going concern; § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).
- Die Bewertung des Anlagevermögens wird zu Anschaffungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen vorgenommen.
- Die Bewertung der Vorräte erfolgt zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung angemessener Wertabschläge.
- Der Ansatz der Forderungen und der sonstigen Vermögensgegenstände wird zum Nominalwert abzüglich notwendiger Wertberichtigungen vorgenommen.
- Der Ansatz der Rückstellungen erfolgt mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag.
- Der Ansatz der Verbindlichkeiten wird mit ihrem Erfüllungsbetrag vorgenommen.

Im Übrigen verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang zu weiteren Bewertungsgrundlagen

F.2.2 Zusammenfassende Beurteilung

Nach unserer pflichtgemäß durchgeführten Prüfung sind wir zu der in unserem Bestätigungsvermerk getroffenen Beurteilung gelangt, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

G. Schlussbemerkung

Den vorstehenden Prüfungsbericht über unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 der Maag GmbH erstatten wir in Übereinstimmung mit § 321 HGB unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf (IDW PS 450 n.F. (10.2021)).

Die Verwendung des unter B. wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts setzt unsere vorherige Zustimmung voraus.

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) erfordert unsere erneute Stellungnahme, soweit dabei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird. Wir weisen diesbezüglich auf § 328 HGB hin.

Werl, 3. Juni 2024

S & C Audit GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft




Nadine Schöneborn

Wirtschaftsprüferin


Bernd Düser

Wirtschaftsprüfer

Anlagen

Maag GmbH, Ense

BILANZ zum 31. Dezember 2023

AKTIVA

PASSIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro		Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögens- gegenstände				I. Gezeichnetes Kapital		550.000,00	550.000,00
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		4.308,00	11.567,00	II. Gewinnvortrag		2.086.997,49	2.029.817,93
II. Sachanlagen				III. Jahresüberschuss		131.773,56	57.179,56
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	20.111,84		21.815,84	B. Rückstellungen			
2. technische Anlagen und Maschinen	2.057.180,77		2.171.362,68	1. Steuerrückstellungen	2.357,00		0,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	539.487,03		613.681,74	2. sonstige Rückstellungen	<u>297.325,00</u>	299.682,00	<u>382.550,00</u>
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>0,00</u>		<u>179.400,00</u>				<u>382.550,00</u>
		2.616.779,64	2.986.260,26	C. Verbindlichkeiten			
III. Finanzanlagen				1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.311.168,02		2.630.535,89
sonstige Ausleihungen		2.556,46	2.556,46	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	953.698,27		1.181.682,90
B. Umlaufvermögen				3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	23.735,42		0,00
I. Vorräte				4. sonstige Verbindlichkeiten	<u>46.529,11</u>	3.335.130,82	<u>70.433,38</u>
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	679.838,28		776.400,50	- davon aus Steuern			3.882.652,17
2. unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	147.178,75		134.617,47	Euro 26.098,22			
3. fertige Erzeugnisse und Waren	<u>808.323,83</u>	1.635.340,86	<u>1.005.846,70</u>	(Euro 26.636,07)			
			1.916.864,67	- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				Euro 8.643,33 (Euro 1.789,24)			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	903.545,07		833.714,47	D. Passive latente Steuern		23.704,00	27.378,00
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	220.000,00		162.460,36				
3. sonstige Vermögensgegenstände	<u>174.833,17</u>	1.298.378,24	<u>203.050,83</u>				
			1.199.225,66				
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		771.054,24	800.223,61				
C. Rechnungsabgrenzungsposten		98.870,43	12.880,00				
		<u>6.427.287,87</u>	<u>6.929.577,66</u>			<u>6.427.287,87</u>	<u>6.929.577,66</u>

Maag GmbH, Ense

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2023 bis 31.12.2023

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	18.528.673,62	22.321.937,14
2. Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	184.961,59	74.815,83
3. sonstige betriebliche Erträge	46.460,61	64.155,06
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	9.897.866,76	13.500.667,97
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>622.464,52</u>	<u>622.790,43</u>
	10.520.331,28	14.123.458,40
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	3.278.351,63	3.442.056,67
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>698.478,58</u>	<u>689.118,16</u>
	3.976.830,21	4.131.174,83
- davon für Altersversorgung Euro 38.478,31 (Euro 38.309,85)		
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	465.006,68	424.953,89
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	3.196.763,59	3.500.234,82
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge - davon aus verbundenen Unternehmen Euro 5.881,06 (Euro 0,00)	6.063,35	0,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	110.187,07	73.372,99
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag - davon Aufwendungen aus der Zuführung und Auflösung latenter Steuern Euro -3.674,00 (Euro 4.183,00)	<u>3.080,32</u>	<u>4.127,63-</u>
11. Ergebnis nach Steuern	124.036,84	62.209,07
12. sonstige Steuern	<u>7.736,72-</u>	<u>5.029,51</u>
13. Jahresüberschuss	<u><u>131.773,56</u></u>	<u><u>57.179,56</u></u>

Anhang 2023
Maag GmbH, 59469 Ense

I. Allgemeine Angaben

Die Maag GmbH hat ihren Sitz in 58640 Iserlohn und wird im Handelsregister des Amtsgerichtes Iserlohn unter der Registernummer HR B 1362 geführt.

Der Jahresabschluss der Maag GmbH wird nach den aktuellen Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches und des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Dabei werden die gesetzlichen Gliederungsschemata der §§ 266 bzw. 275 HGB unverändert angewandt.

Die im Vorjahr angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden grundsätzlich beibehalten.

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine mittelgroße Kapitalgesellschaft i.S.d. § 267 Abs. 2 HGB.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das bisher angewandte Gesamtkostenverfahren beibehalten.

II. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

◆ Immaterielle Vermögensgegenstände werden, soweit gegen Entgelt erworben, zu Anschaffungskosten bewertet und entsprechend ihrer Nutzungsdauer linear abgeschrieben (drei bis fünf Jahre).

◆ Die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet und planmäßig abgeschrieben.

Bei der Bemessung der Abschreibungen wird auf die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von 3 bis 15 Jahren abgestellt.

Die geringwertigen Wirtschaftsgüter werden ab 2008 in einem Sammelposten über 5 Jahre abgeschrieben.

- ◆ Unter dem Posten Finanzanlagen werden die sonstigen Ausleihungen mit dem Nennwert bewertet.
- ◆ Die Vorräte an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen werden zu Anschaffungskosten, die unfertigen und fertigen Erzeugnisse sind zu Herstellungskosten bewertet. In den Bewertungsansatz wurden nur die direkten Kosten und die handelsrechtlich aktivierungspflichtigen Gemeinkosten einbezogen. Fremdkapitalzinsen werden nicht mit einbezogen. Ein geringerer Marktpreis zum Bilanzstichtag wird durch entsprechende Abschläge berücksichtigt.

Die Bewertung der fertigen und unfertigen Erzeugnisse erfolgte mit den Einzelkosten und Gemeinkostenzuschlägen. Wertabschläge auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden, soweit vorhanden, berücksichtigt.

- ◆ Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden, sofern sie nicht an eine Factoring-Bank verkauft sind, zum Nennwert ausgewiesen. Den erkennbaren Einzelrisiken und dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch angemessene Wertberichtigung Rechnung getragen.
- ◆ Die sonstigen Vermögensgegenstände werden zum Nennwert ausgewiesen.
- ◆ Guthaben bei Kreditinstituten werden zum Nennwert ausgewiesen.
- ◆ Die Rückstellungen berücksichtigen alle bis zur Bilanzerstellung bekannt gewordenen ungewissen Schulden, Verluste und Risiken, die das abgelaufene Geschäftsjahr betreffen mit dem Betrag ihrer voraussichtlichen Erfüllung. Bei einer Laufzeit von mehr als einem Jahr wurde der Betrag entsprechend abgezinst.
- ◆ Die Verbindlichkeiten sind mit ihren jeweiligen Erfüllungsbeträgen passiviert.
- ◆ Die latenten Steuern wurden mit dem Wert der voraussichtlichen Steuerbelastung unter Berücksichtigung des unternehmensindividuellen Steuersatzes bewertet.

III. Angaben zu den Posten der Bilanz

◆ Anlagevermögen

Die Entwicklung der Anlagepositionen im Geschäftsjahr 2023 ist dem diesem Anhang beigefügten Anlagespiegel (Anlage 3/1) zu entnehmen. Die Abschreibungen des Geschäftsjahres sind dort ebenfalls vermerkt.

◆ Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen gegen Gesellschafter bestehen in Höhe von T€ 220,0 (Vj.: T€ 162,5) und entsprechen den Forderungen gegen verbundenen Unternehmen.

◆ Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital entspricht dem voll eingezahlten Stammkapital in Höhe von € 550.000,00.

◆ Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen wurden gebildet für Verpflichtungen aus dem Personalbereich (T€ 63,7), Risiken des Absatzmarktes (T€ 41,6), ausstehende Abrechnungen und Leistungen (T€ 168,9) sowie der Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten (T€ 23,2).

◆ Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegen Gesellschafter bestehen in Höhe von T€ 23,7 (Vj.: T€ 0,0) und entsprechen den Verbindlichkeiten gegen verbundenen Unternehmen.

Die Angaben zu den einzelnen Laufzeiten der Verbindlichkeiten ergeben sich aus dem folgenden Verbindlichkeitspiegel:

Art der Verbindlichkeit	Gesamtbetrag	Davon mit einer Restlaufzeit von		
	31.12.2023	bis zu einem Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahren
	€	€	€	€
gegenüber Kreditinstituten	2.311.168,02	582.745,80	1.585.310,07	143.112,15
<i>Vorjahr</i>	<i>2.630.535,89</i>	<i>504.600,00</i>	<i>1.811.650,00</i>	<i>314.285,89</i>
aus Lieferungen und Leistungen	953.698,27	953.698,27	0,00	0,00
<i>Vorjahr</i>	<i>1.181.682,90</i>	<i>1.181.682,90</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
gegegüber verbundenen UN	23.735,42	23.735,42	0,00	0,00
<i>Vorjahr</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
sonstige Verbindlichkeiten	46.529,11	46.529,11	0,00	0,00
<i>Vorjahr</i>	<i>70.433,38</i>	<i>70.433,38</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
Summe	3.335.130,82	1.606.708,50	1.585.310,07	143.112,15
<i>Vorjahr</i>	<i>3.882.652,17</i>	<i>1.756.716,28</i>	<i>1.811.650,00</i>	<i>314.285,89</i>

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind in voller Höhe durch Sicherungsübereignungen besichert. Für die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gelten die geschäftsüblichen Eigentumsvorbehalte, mit Ausnahme der nicht einzeln ermittelten Verbindlichkeiten aus Dienstleistungen.

IV. Sonstige Angaben

◆ Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aufgrund bestehender Leasing- und Mietverhältnisse bestehen im kommenden Wirtschaftsjahr Verpflichtungen aus laufenden Verträgen in Höhe von insgesamt rd. T€ 793,6 und in weiteren Jahren T€ 328,3.

◆ Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ereignet.

◆ Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss

in Höhe von

€ 131.773,56

auf neue Rechnung vorzutragen.

◆ Organ der Gesellschaft

Alleinvertretungsberechtigte Geschäftsführer der Gesellschaft ist

- Herr Ansgar Schonlau, Kaufmann

Auf die Angabe der Geschäftsführervergütung wird gem. § 286 HGB verzichtet.

◆ Arbeitnehmeranzahl

Unter Zugrundelegung der Berechnungsmethode nach § 267 V HGB wurden im Geschäftsjahr durchschnittlich beschäftigt:

Gewerbliche Arbeitnehmer	55
Angestellte	<u>17</u>
	<u>72</u>

59469 Ense, den 31. März/3. Juni 2024

.....
Ansgar Schonlau
(Maag GmbH)

ANLAGENSPIEGEL zum 31. Dezember 2023

	Stand 01.01.2023			Entwicklung im Jahr 2023				Stand 31.12.2023		
	Anschaffungs-/ Herstellungs- kosten Euro	kumulierte Abschrei- bungen Euro	Buchwerte Euro	Anschaffungs-/Herstellungskosten		Abschreibungen		Anschaffungs-/ Herstellungs- kosten Euro	kumulierte Abschrei- bungen Euro	Buchwerte Euro
				Zugänge	Abgänge	Ifd. Wj.	auf Abgänge			
				Umbuchung*	Umbuchung*					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	364.814,11	353.247,11	11.567,00	0,00	340.245,11	7.233,00	340.219,11	24.569,00	20.261,00	4.308,00
II. Sachanlagen										
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	25.035,84	3.220,00	21.815,84	0,00	0,00	1.704,00	0,00	25.035,84	4.924,00	20.111,84
	25.035,84	3.220,00	21.815,84	0,00	0,00	1.704,00	0,00	25.035,84	4.924,00	20.111,84
2. Technische Anlagen und Maschinen										
2.1 Maschinen	3.492.418,60	1.567.589,20	1.924.829,40	257.739,83	897.191,74	342.283,20	897.176,74	2.852.966,69	1.012.695,66	1.840.271,03
2.2 Betriebsvorrichtungen	1.166.258,42	919.725,14	246.533,28	1.122,46	884.794,14	26.608,00	880.656,14	282.586,74	65.677,00	216.909,74
	4.658.677,02	2.487.314,34	2.171.362,68	258.862,29	1.781.985,88	368.891,20	1.777.832,88	3.135.553,43	1.078.372,66	2.057.180,77
3. Andere Anlagen, Betriebs- u Geschäftsaustattung										
3.1 Büroeinrichtung	119.752,79	76.963,42	42.789,37	0,00	63.509,42	7.097,00	63.491,42	56.243,37	20.569,00	35.674,37
3.2 Betriebsausstattung	869.436,38	694.660,57	174.775,81	9.642,66	479.834,84	61.231,40	478.287,84	399.244,20	277.604,13	121.640,07
3.3 Werkzeuge	380.708,45	15.931,00	364.777,45	0,00	0,00	8.892,00	0,00	380.708,45	24.823,00	355.885,45
3.4 Mietereinbauten	20.434,52	4.388,00	16.046,52	0,00	0,00	2.358,00	0,00	20.434,52	6.746,00	13.688,52
3.5 Geringwertige Wirtschaftsgüter	45.795,43	30.502,84	15.292,59	4.909,11	23.238,87	7.600,08	23.235,87	27.465,67	14.867,05	12.598,62
	1.436.127,57	822.445,83	613.681,74	14.551,77	566.583,13	87.178,48	565.015,13	884.096,21	344.609,18	539.487,03
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	179.400,00	0,00	179.400,00	0,00	179.400,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	6.299.240,43	3.312.980,17	2.986.260,26	273.414,06	2.527.969,01	457.773,68	2.342.848,01	4.044.685,48	1.427.905,84	2.616.779,64
III. Finanzanlagen										
1. Sonstige Ausleihungen	2.556,46	0,00	2.556,46	0,00	0,00	0,00	0,00	2.556,46	0,00	2.556,46
	6.666.611,00	3.666.227,28	3.000.383,72	273.414,06	2.868.214,12	465.006,68	2.683.067,12	4.071.810,94	1.448.166,84	2.623.644,10

Maag GmbH

59469 Ense

Lagebericht Geschäftsjahr 2023

Grundlagen des Unternehmens

Die Maag GmbH ist ein international ausgerichteter, mittelständischer Spezialist für nachhaltige, flexible Verpackungen in der Lebensmittel- und Konsumgüterindustrie.

Forschung und Entwicklung

Maag ist nicht in der Forschung tätig. Auf Basis bekannter Materialien und Fertigungsverfahren werden im Sinne des Baukasten-Prinzips Produktvarianten kreiert, die in definierten Marktsegmenten innovative Lösungen bieten.

Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die europäische Kunststoffindustrie blickt auf ein weiteres, herausforderndes Jahr zurück. In vielen Abnahmebereichen brach die Nachfrage massiv ein, und die daraus resultierenden Umsatzeinbußen drückten auf die Erträge der Branchenakteure. Sogar die Lebensmittelverpackungs-Industrie war davon betroffen, ein Segment, das zu anderen Zeiten aufgrund seines Beitrags zur Deckung des täglichen Bedarfs als vergleichsweise schwankungsarm angesehen wird. Betroffene Unternehmen reagierten mit Sparmaßnahmen, bei denen insbesondere Werke in Deutschland aufgrund hoher Energie- und Produktionskosten in den Fokus gerieten.

International agierende Kunststoffverarbeiter oder auch Recyclingunternehmen schlossen Standorte in Deutschland oder kündigten entsprechende Schritte an. Sortier- und Recyclingbetriebe, die üblicherweise einen Teil ihrer Produkte an die Zementindustrie verkaufen, fanden kaum noch Abnehmer, weil auch die Bauindustrie eingebrochen ist und demzufolge kaum Abnahme für Zement stattfand. In Deutschland selbst stieg die Zahl der Firmenpleiten. Besonders betroffen waren Automotive-Zulieferer. Es traf aber auch auf Kunststoffbranche ausgerichtete Maschinenbauer.

Nachfrageeinbruch bekamen auch die Kunststoffherzeuger zu spüren. Europäische Anlagen liefen oft auf ein Minimum gedrosselt. Zudem wurden einige Kapazitäten, die ohnehin gegenüber der Konkurrenz aus Asien und Nordamerika nicht mehr konkurrenzfähig waren, komplett aus dem Markt genommen. So wollte zum Beispiel LyondellBasell seine PP-Erzeugung in Brindisi / Italien zum Jahresende einstellen. Celanese plant die Schließung der PA 6.6-Polymerisation in Hamm-Uentrop.

Europas Polymer-Erzeugung steht unter Druck: von innen mit hohen Energiepreisen und schwacher Nachfrage und von außen mit einer Flut günstiger Importe. Der politisch gewollte und durch entsprechende Quotenvorgaben forcierte Einsatz von Rezyklaten wurde im vergangenen Jahr von meist asiatischen Neuwaren-Billigimporten konterkariert. Deren Preise fielen innerhalb von nicht einmal zwölf Monaten um bis zu 50 Prozent.

Auch die Hersteller von Kunststoffverpackungen – nach dem Baugewerbe die zweitgrößte Verarbeiter-Gruppe in Deutschland – litten in diesem Jahr unter schwacher Nachfrage. Ihr Umsatz ging im ersten Halbjahr um 6 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück (Quelle: IK Industrievereinigung Kunststoffverpackungen). Neben der Kaufzurückhaltung des Einzelhandels waren dafür auch die starken Absatzeinbrüche wichtiger Abnehmerbranchen wie etwa der chemischen Industrie verantwortlich.

Schwieriges Tagesgeschäft ist das eine, die Nachhaltigkeitstransformation das andere. Sie stellt die Verpackungshersteller vor noch größere Herausforderungen. Eine nie dagewesene Flut an regulatorischen Vorgaben sorgte in 2023 zunehmend für Verunsicherung. Beispiel: die Novelle des Verpackungsgesetzes (VerpackG). Damit sollen überflüssige Verpackungen vermieden werden. Hinter der Wirksamkeit der Regelung muss jedoch ein Fragezeichen gesetzt werden. Das seit dem 1. Januar 2023 verpflichtende Mehrwegangebot für Speisen und Getränke „To-Go“ soll auf alle Materialien ausgeweitet werden – bisher muss nur zu Einwegverpackungen aus Kunststoff eine Mehrwegalternative angeboten werden.

Ein „ökologisches Desaster“ (laut Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung GVM) wird die EU-Verpackungsverordnung (PPWR) werden, für die im ersten Quartal 2024 zwischen EU-Parlament und Ministerrat eine grundsätzliche Einigung erzielt wurde. Sollten die Vorgaben des Entwurfs in Kraft gesetzt werden, hat dies weitreichende Auswirkungen auf die europäische Verpackungslandschaft sowie angeschlossene Branchen. Unter anderem würden die grundlegenden Anforderungen an Verpackungen verschärft, damit diese wiederverwendet und -verwertet werden können. Auch der Rezyklatanteil soll steigen, wobei dieser Forderung gleichzeitig gesetzliche Verbote der Europäischen Agentur für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zum Verbraucherschutz gegenüberstehen.

b) Geschäftsverlauf

Im Vergleich zu 2022 fiel der Umsatz im Jahr 2023 um 17,0 % zurück. Die Absatzmenge bei unserem bisher größten Kunden aus dem Spielwarenssegment ist aufgrund seiner begonnenen Umstellung auf Papierverpackungen um 27 % im Vergleich zum Vorjahr gesunken. In Kombination mit Margendruck hatte dies einen Umsatzrückgang von rund 35 % zur Folge. Bei einem Abnehmer aus der Süßwaren-Industrie reduzierten sich die Absatzmengen um 20%. Verringerter Absatzvolumen resultierte auch aus dem Geschäft mit einem Großkunden im Grünen Markt (Umsatzminus 0,45 Mio. €).

Der allgemeine Konsumrückgang wirkte sich bei den übrigen Kunden mit -12 %, bezogen auf die Absatzmenge, und mit -13 % auf den Umsatz aus.

Wachstum generierte sich fast ausschließlich in unseren strategisch angepeilten Zielsegmenten mit wertschöpfungs-intensiven, recyclingfähigen Verpackungen, so konnten wir im Süßwarenssegment 0,35 Mio. €, im Hygienemarkt 0,15 Mio. € und bei Fleisch/Fisch 0,3 Mio. € dazugewinnen. In weiteren, diversen Projekten konnten wir die Basis für weitere Neukunden und Umsatzausweitung festigen.

Sinkenden Rohmaterialpreise in 2023 spiegelten sich nicht vollständig oder zeitversetzt in unseren Verkaufspreisen wider, so dass wir im Verhältnis in 2023 mit 57,4 % eine bedeutend bessere Materialquote gegenüber 2022 (63,5 %) erreicht haben. Der Absatzrückgang hatte auch erheblichen Einfluss auf die maschinellen Kapazitätsauslastungen. Die Druckanlagen waren 2023 mit 16,7 Mio. Druckmeter weniger ausgelastet als in 2022. Das entspricht einem Rückgang von 19,5 %.

Die Lohnkosten sanken analog zum Umsatzrückgang durch Reduktion der Mitarbeiterzahl auf 75 (2022 durchschnittlich 77 MA). Die Lohnsteigerung ab Juli 2023 betrug 3,3 %. In Summe sind die Lohn- und Gehaltskosten 2023 mit 3,98 Mio. € 154 T€ unter dem Wert von 2022. Bei den weiteren betrieblichen Kosten sind Bewegungen bei den Leasingaufwendungen hervorzuheben, die sich positiv auf das Ergebnis ausgewirkt haben - ab Februar 2023 wurde eine weitere Kaschieranlage geleast (+44 T€) - mit April 2023 endet das Leasing einer 10 Farb.-Druckanlage (-176 T€) - ab August 2023 endet das Leasing der Farbmischanlage (-7 T€). Zusammenfassend wird für 2023 ein EBIT von 239 T€ und ein Ergebnis nach Steuern von 132 T€ erzielt.

c) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Finanzlage war jederzeit solide. Die Verbindlichkeiten konnten fristgerecht und soweit vereinbart überwiegend unter Abzug von Skonto beglichen werden.

Der Forderungsbestand gegen Kunden stieg ggü. dem Vorjahr um 69 T€ auf 903 T€ an. Die durchschnittliche Überfälligkeitsquote der Debitoren sank um 1,4% und betrug 4,4%. Dem standen Verbindlichkeiten gegenüber den Kreditoren von 954 T€ gegenüber.

Aufgrund des positiven Jahresergebnisses bei gleichzeitiger Kürzung des Gesamtkapitals konnte eine Verbesserung der Eigenkapitalquote von über 5,0%-Punkten auf nunmehr 43,2 % erreicht werden.

Der Materialaufwand sank um 6,1% deutlich ab und betrug 57,4%. Als Hauptgrund ist hier eine Normalisierung der Märkte nach der Corona-Pandemie zu sehen.

Der Personaleinsatz wurde an die betrieblichen Belange angepasst. Trotz einer Lohnerhöhung von 3,3% im Juli, reduzierten sich die Kosten um 154 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnten gegenüber 2022 um 303 T€ reduziert werden. Prozentual auf die Gesamtleistung bezogen, stiegen diese jedoch um 1,7%-Punkte an. Dieses lag wesentlich an den höheren Energiekosten.

Die Umsatzrendite berechnen wir aus dem Verhältnis der Material- plus Rohertragsquote zur Leistung. Dies spiegelt den EBIT wider. Auf Grund eines schwierigen Geschäftsjahres lag der EBIT bei 239 T€ und somit 520 T€ unter den selbst gesteckten Zielen.

d) Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Der Umsatzplan 2023 von 22,6 Mio € konnte nicht erreicht werden und betrug 18,5 Mio €. Dieses spiegelt sich in der reduzierten Gesamtleistung wider.

Trotz der zuvor genannten Umstände konnte auf Grund erheblicher betrieblicher Anstrengungen der Jahresüberschuss von 57 T€ in 2022 auf 132 T€ in 2023 gesteigert werden.

e) Gesamtaussage

Die Situation für die kunststoffverarbeitende Industrie bleibt herausfordernd. In einer Sandwich-Position zwischen schwachem Abnehmermarkt und strukturellen Defiziten auf der Liefer-

seite kommt es für mitteleuropäische Kunststoffverpackungs-Hersteller auf die richtige Perspektive an. „Plastik“ hat wegen seiner Umweltauswirkungen in der öffentlichen Wahrnehmung ein schlechtes Image, und dieser Bewertung ist auch die (inter-)nationale Gesetzgebung geschuldet. Aufgrund der Komplexität des Themas verschärft die Politik mit ihren inhaltlich teils widersprüchlichen, zuweilen auch nur vordergründig sinnvollen Anforderungen die Lage weiter.

Trotz dieser widrigen Begleitumstände behaupten sich Einweg-Kunststoffverpackungen in der Praxis – es gibt für viele Anwendungsgebiete im Konsumgütermarkt keine adäquaten Alternativen, zumal Kunststoff unbestritten einzigartige Vorteile hat beim Transport, beim Schutz von Lebensmitteln sowie ihrer Wiederverwertung. Das gilt sowohl für den mitteleuropäischen Markt mit vorhandenen Sortier- und Recyclingstrukturen als auch für den globalen Süden. Unbestritten ist aber auch, dass der bisherige Umgang mit Kunststoffabfällen keine Zukunft hat - alle Beteiligten der Wertschöpfungskette sind zur Schaffung einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft und hochwertigem Recycling verpflichtet.

Die Geschäftszahlen der Firma Maag im Jahr 2023 bilden die allgemeinen Markttrends ab: Seit 2021 hat das Geschäftsvolumen im Standardsegment im Zuge gestörter Lieferketten und stark gestiegener Einkaufspreise (Material und Energie) nachgelassen. Unser größter Kunde hat sich zum Umstieg auf Papierverpackungen für seine Spielwaren entschlossen. Zwei andere Top-Kunden haben sich für Teile ihres Standard-Verpackungsbedarfs zum Einkauf in Niedriglohn-Ländern entschieden.

Gleichzeitig wächst jedoch der Bedarf an recyclingfähigen Verpackungen, und da bis zum Jahr 2030 alle Materialien dahingehend umgestellt sein müssen – es droht sonst ein Vermarktungsverbot -, wächst nun der Druck auf bestehende und potentiell neue Kunden, innovative Lösungen in ihre Prozesse zu integrieren.

Maag setzt sich bereits seit längerem für die Bildung eines funktionierenden Stoffstroms ein und hat damit Erfolg. 2023 war deshalb ein Jahr der Bodenbildung im Standard-Portfolio und gleichzeitig Beginn einer Reihe von Produktionsumstellungen bei unseren Abnehmern. Aufgrund der hohen Anforderungen an Verbraucherschutz und Produktsicherheit an kontaktsensitive, flexible Verpackungen sind dabei zeitraubende Verarbeitungs- und Lagertest einzuhalten.

f) Prognosebericht

Der Umstieg auf kreislauffähige Verpackungen wird Zeit benötigen, doch je näher 2030 rückt, umso stärker wächst der Druck zum Handeln. Einige unserer in 2023 gestarteten Projekte werden im kommenden Jahr zur Umsatzausweitung führen.

Recyclingfähige Monokunststoff-Verpackungen sind im Durchschnitt aufgrund der verwendeten Rohstoffe kostenintensiver als Mischverbund-Materialien. In manchen Anwendungen sind aufgrund ihrer Verarbeitungs-Eigenschaften als Packstoffe auch dickere Folien notwendig. Material-Kostensteigerungen bis zu 25% sind realistisch. Dies entspricht angesichts allgemeiner Kostensteigerungen und Inflation nicht der Erwartung unserer Abnehmer. Ziel ist die Aufwandsreduktion.

Das Maag-Nachhaltigkeitskonzept berücksichtigt diese Anforderungen durch Einbeziehung schlanker und digitalisierter Abläufe unternehmensintern und in der Zusammenarbeit zum Kunden. Realistisches Ziel ist eine Aufwandsminimierung unter dem Aspekt des „Total Cost of Ownership“.

Nachhaltigkeit ist keine Mode-Erscheinung, die wieder in der Schublade verschwindet. Mit angepasster Unternehmens-Strategie werden wir dieser Anforderung Rechnung tragen und in Märkten mit höherer Wertschöpfung wachsen.

Wir sehen eine Vielzahl von Chancen und gehen davon aus, dass diese sich in den kommenden Jahren auch in Umsatz widerspiegeln. Für das laufende Jahr wird mit einem Umsatz von über 20 Mio. € geplant, so dass auch das EBIT die 0,5 Mio. €-Marke deutlich überschreiten sollte.

g) Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Verpackungsverordnung (PPWR), Single Use Plastics Directive (SUPD) auf europäischer Ebene, Einwegkunststofffondsgesetz und Nationale Kreislaufwirtschafts-Strategie in Deutschland zeigen, dass die Politik ihre Suche nach verschärften Regeln im Umgang und in der Nutzung von (Verpackungs-)Kunststoffen intensiviert hat. Damit wird der weltweit verbreiteten Sorge der Bevölkerung zu Umweltauswirkungen von Polymeren und Nutzung fossiler Ressourcen Rechnung getragen. Das Thema ist jedoch aufgrund seines mannigfaltigen Einflusses auf industrielle Zusammenhänge hochkomplex und beinhaltet die Gefahr ideologischer Fehlallokation. Der Einsatz von Kunststoff ist gerade bei Laien hoch umstritten, und insbesondere die künftige, europäische Gesetzgebung weist einen Weg zurück zu traditionellen Packstoffen wie Papier, Glas und Weißblech. Experten sehen diese Entwicklung aus ökologischen und ökonomischen Gründen als kritisch an.

Der Fachkräfte-Mangel in Deutschland führt dazu, dass Produktqualität und Unternehmenswachstum schwerer zu realisieren sind. Diskussionen um Vier-Tage-Woche und weitere Arbeitszeit-Reduktion bei uns verschärfen unsere Probleme im Wettbewerb mit Drittländern, die ihrerseits dank moderner Technologien und eines kostengünstigen Umfelds aufgeholt haben.

Unkonkrete Rahmenbedingungen auf der strategische Ebene und operative Kostennachteile erschweren langfristige Investitionen, daher schmelzen frühere Standort-Vorteile. Unsicherheit über die Sicherung der künftigen Energieversorgung in Deutschland sowie die unruhige, welt-politische Lage stehen einem wirtschaftlichen Wachstums-Schub entgegen.

Chancenbericht

Die Lage am Einkaufs- und Energiemarkt hat sich mindestens für Spot-Einkäufer entspannt, daran ändern auch die militärischen Auseinandersetzungen im Roten Meer und geänderte Container-Routen nichts. Die Inflation geht zurück und liegt im März 24 bei 2,2 %.

Veränderungen der legislativen Rahmenbedingungen in Bezug auf Entwicklung nachhaltiger Geschäftsmodelle bei Kunststoff bieten für Maag auch die Gelegenheit zur Teilhabe am Entstehungsprozess von Gesetzen. Fa Maag hat auf nationaler und internationaler Ebene seine Aktivitäten in Richtung Politik verstärkt und eine Reihe von Vorschlägen zur Förderung der Kreislaufwirtschaft vorgelegt. Mit Partnern der Wertschöpfungskette unterstützen wir u.a. ein Start-up, das mittels Zertifikatehandels den gesetzlich geforderten Rezyklateinsatz in hochwertigen Anwendungen steigert und Kunststoffabfälle zu Wertstoffen macht. Über dieses Kaskadenmodell wird der Stoffstrom geschlossen.

Die Zertifikate weisen den physischen Einsatz von Rezyklaten nach und gehen damit entscheidend über den bisherigen Fokus auf theoretische Recyclingfähigkeit hinaus. Die Zertifikate werden zusätzlich nachweisen, dass die von Maag für künftigen Einsatz empfohlenen, innovativen Kunststoffverpackungen, deren Polymerbasis im flexibel Verpackungsmarkt bislang unterproportional repräsentiert ist, die beste Lösung für den Massenmarkt wird.

Mitarbeit in Verbänden sowie Öffentlichkeitsarbeit bei Vortrags-Veranstaltungen und Social Media stärken unseren Bekanntheitsgrad und erhöhen Akzeptanz.

Alle Produkte aus dem Hause Maag sind mittlerweile recyclingfähig. Wir sind überzeugt, mehr als 80 % der Konsumgüterverpackungen im Markt auf nachhaltige Monokunststoff-Verpackungen umstellen zu können. Durch unsere intensive Partnerschaft mit Herstellern von Verpackungsmaschinen beraten wir Kunden und entwickeln heutige Technologien gemeinsam weiter.

Maag besitzt neben der Produkttechnologie ein weiteres Nachhaltigkeits-Standbein. Damit tragen wir der Forderung nach Treibhausgas-Reduktion sowie Vermeidung von Plastikverschwendung Rechnung. Verringerter Ressourcenverbrauch in allen Ebenen führt immer auch zu reduziertem Aufwand, so dass auch die Ziele unserer Kunden aus Industrie und Handel bzgl. Kostensenkung erfüllt werden.

In Summe sind wir zuversichtlich, auf geänderte Anforderungen in der Zukunft nicht nur reagieren zu können, sondern diese selbst und aktiv mit zu gestalten.

h) Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Unser Kundenkreis besteht überwiegend aus bonitätsstarken, deutschen Abnehmern mit hoher Lieferantentreue bzw. zwei weltweit tätigen Konzernen mit besten Finanzdaten. Dank qualifizierten Debitoren-Managements gehören Forderungsausfälle zur absoluten Ausnahme, die Liquidität ist, auch durch das im Jahr 2017 eingeführte Factoring, gesichert.

Verbindlichkeiten können innerhalb der Skontofristen gezahlt werden.

Die Gesellschaft finanziert sich überwiegend aus Eigenmitteln und Lieferantenkrediten. Damit wollen wir uns auf konservative Art vor finanziellen Risiken jeder Art schützen.

Zur Absicherung des Liquiditätsrisikos wird wöchentlich ein Liquiditätsplan erstellt, die bei zwei Instituten zur Verfügung stehenden Kreditlinien werden nicht in Anspruch genommen.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

Ense, den 23. Mai 2024

Ansgar Schonlau

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Maag GmbH

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Maag GmbH – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Maag GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben.

Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Die Website des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) enthält unter "<https://www.idw.de/idw/verlautbarungen/bestaetigungsvermerk/1-v2-hgb-ja-non-pie>" eine weitergehende Beschreibung der Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Diese Beschreibung ist Bestandteil unseres Bestätigungsvermerks.

Werl, 3. Juni 2024

S & C Audit GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft




Nadine Schöneborn

Wirtschaftsprüferin


Bernd Düser

Wirtschaftsprüfer

Rechtliche Verhältnisse

Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse

Firma:	Maag GmbH
Sitz:	Iserlohn
Rechtsform:	GmbH
Gesellschaftsvertrag:	Der Gesellschaftsvertrag wurde am 29. März 1990 (UR-Nr. 231/1990 des Notars Heinrich Hillebrandt, Iserlohn) geschlossen und zuletzt am 5. Januar 2018 (UR-Nr. 17/2018 des Notars Günter Kohaupt, Warburg) geändert.
Geschäftsanschrift:	Zum Sauerland 4 59469 Ense
Handelsregister- eintragung:	AG Iserlohn, HR B 1362, am 23. Mai 1990
Gegenstand des Unternehmens:	Die Herstellung, Verarbeitung und Vertrieb von Filtrations-, Verpackungs- und Technischen Folien. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmungen erwerben, sich an solchen beteiligen, deren Vertretung übernehmen und Zweigniederlassungen errichten.
Geschäftsjahr:	1. Januar bis 31. Dezember
Gezeichnetes Kapital:	Schonlau Besitzgesellschaft mbH & Co Kommanditgesellschaft, Iserlohn <u>Euro 550.000,00</u>
Geschäftsführung:	Einzelvertretungsberechtigter Geschäftsführer ist > Ansgar Schonlau, Soest Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.
Prokura:	Einzelprokura Bernd Hecking, Arnsberg

Gesellschafter-
versammlungen:

8. September 2023

- > Feststellung des geprüften und mit uneingeschränktem Bestätigungsvermerk der S & C Audit GmbH WPG, Werl versehenen Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022; Billigung des Lageberichtes 2022
- > Gewinnverwendung (Vortrag auf neue Rechnung)
- > Entlastung Geschäftsführung für 2022
- > Wahl des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2023 S & C Audit GmbH WPG, Werl
- > Auszahlung Tantiemen

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 wurde fristgerecht beim elektronischen Bundesanzeiger gemäß § 325 HGB offen gelegt.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst die Herstellung, Be- und Verarbeitung sowie den Vertrieb von Verpackungs- und technischen Folien. Die Be- und Verarbeitung beinhaltet im Wesentlichen die Lochung (Perforation), das Kaschieren sowie die Bedruckung der Folien.

Grundbesitz

Die Gesellschaft verfügt über keinen eigenen Grundbesitz.

Mietvertrag vom 21. August 2020

Mit dem Vertrag hat die Gesellschaft von der Schonlau Besitzgesellschaft mbH & Co. KG, Ense Lager- und Produktionsflächen sowie Büroflächen ab 01. September 2020 zu einem Mietzins von Euro 35.750,00 p.m. im Industriegebiet Ense-Höingen angemietet. Der Vertrag läuft auf unbestimmte Zeit und beinhaltet Nebenkosten für Wartung und Instandhaltung.

Mietvertrag vom 2. Oktober 2020

Mit dem Vertrag hat die Gesellschaft von der Schonlau Besitzgesellschaft mbH & Co. KG, Ense verschiedene Betriebsvorrichtungen ab 01. Januar 2021 zu einem Mietzins von Euro 3.000,00 p.m. im Industriegebiet Ense-Höingen angemietet. Der Vertrag läuft zunächst bis zum 30. September 2030.

Betriebswirtschaftliche Fünfjahresübersicht

	2023 TEuro	2022 TEuro	2021 TEuro	2020 TEuro	2019 TEuro
<u>Bilanzdaten</u>					
AKTIVA					
Anlagevermögen	2.624	3.001	2.983	3.142	1.407
Umlaufvermögen	3.704	3.916	5.749	5.302	3.876
RAP	99	13	14	8	10
Bilanzsumme	6.427	6.930	8.746	8.452	5.293
PASSIVA					
Eigenkapital					
Gezeichnetes Kapital	550	550	550	550	550
Bilanzgewinn	2.219	2.087	2.730	3.257	3.218
	2.769	2.637	3.280	3.807	3.768
Fremdkapital					
Bankkredite	2.311	2.631	3.134	3.430	669
Sonstiges Fremdkapital	1.347	1.662	2.332	1.215	856
	3.658	4.293	5.466	4.645	1.525
Bilanzsumme	6.427	6.930	8.746	8.452	5.293
<u>Gewinn- und Verlustrechnung</u>					
Betriebsleistung	18.344	22.247	21.819	19.900	17.849
Materialeinsatz	10.520	14.124	13.097	10.697	9.324
Personalaufwand	3.977	4.131	4.319	4.268	4.148
Abschreibungen	465	425	401	228	234
Sonstige Aufwendungen	3.197	3.500	3.810	4.085	3.155
Zinsaufwand/-ertrag	-104	-73	-56	-46	-38
Jahresergebnis	132	57	173	738	726
Investitionen					
	273	443	251	1.993	596
Personal (Quartalsdurchschnitt)					
Gewerbliche Arbeitnehmer	55	56	58	54	54
Angestellte	17	18	19	22	22
Auszubildende	1	1	3	5	4
Gesamt	73	75	80	81	80
Gesamtkapitalverzinsung					
	4,65%	2,47%	3,57%	10,83%	17,22%

Steuerliche Verhältnisse

Finanzamt: Soest

Steuer-Nr.: 343/5848/1693

Letzte Veranlagung: 2022

Steuerliche
Außenprüfung:

Im Januar 2019 erfolgte eine Lohnsteuer-Außenprüfung für die Zeit 01. Mai 2016 - 31. Dezember 2018 mit Bericht vom 8. April 2019.

Die Feststellungen wurden im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 berücksichtigt.

Im Oktober/November 2019 hat durch das Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfung Hagen eine steuerliche Außenprüfung für die Jahre 2015 - 2018 stattgefunden. Der Bericht datiert vom 10. Dezember 2019.

Die Feststellungen wurden im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 berücksichtigt.

Nach § 2 Absatz 2 Nr. 2 UStG besteht nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse auf Grund der finanziellen und wirtschaftlichen Eingliederung seit 2021 eine umsatzsteuerliche Organschaft mit der Schonlau Besitzgesellschaft mbH & Co. KG, Ense.

Erläuterungsteil

Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023

BILANZ ZUM 31.12.2023**A. Anlagevermögen**

Das Anlagevermögen entspricht den Gliederungsvorschriften des § 266 HGB. Der Anlagespiegel wurde nach § 284 Abs. 3 HGB entwickelt (vgl. Anlage 3/1). Ausgewiesen werden nur Gegenstände, die bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauernd zu dienen

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

	<u>Euro</u>		<u>4.308,00</u>	
	(2022	Euro	11.567,00)	
	<u>Abschreibungen</u>			
Anschaffungs-/ Herstellungskosten Euro	Zugang - Abgang Euro	kumuliert Vorjahre Euro	2023 - Abgang Euro	Stand zum 31.12.2023 Euro
EDV-Software	364.814,11	0,00	353.247,11	7.233,00
		-340.245,11	-340.219,11	4.308,00

II. Sachanlagen

Die Sachanlagen sind in einem Anlagenverzeichnis erfasst. Zugänge an geringwertigen Wirtschaftsgütern wurden innerhalb der Buchführung auf gesonderten Konten gebucht.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich der bisher aufgelaufenen Abschreibungen bewertet. Die Zugänge wurden mit den Anschaffungskosten aktiviert. Abgänge sind richtig mit den Anschaffungs-/Herstellungskosten und den aufgelaufenen Abschreibungen im Anlagenverzeichnis und Anlagespiegel ausgebucht und der Saldo als Buchwert mit den Erlösen verrechnet worden.

Das unbewegliche Sachanlagevermögen wurde nach Maßgabe der Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Beim beweglichen Sachanlagevermögen erfolgte die Abschreibung ebenfalls linear. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden in einem Sammelposten über fünf Jahre abgeschrieben.

1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

	<u>Euro</u>		<u>20.111,84</u>	
	(2022	Euro	21.815,84)	
			<u>Abschreibungen</u>	
Anschaffungs-/ Herstellungskosten Euro	Zugang - Abgang Euro	kumuliert Vorjahre Euro	2023 - Abgang Euro	Stand zum 31.12.2023 Euro
Außenanlagen	25.035,84	0,00	3.220,00	1.704,00
				20.111,84
		0,00	1.704,00	
	25.035,84	0,00	3.220,00	0,00
				20.111,84

Ein detaillierter Anlagespiegel mit einer Einzelaufstellung hat uns vorgelegen. Ausgewiesen wird die Bepflanzung der Außenanlagen.

2. technische Anlagen und Maschinen

Euro 2.057.180,77
(2022 Euro 2.171.362,68)

	Anschaffungs-/ Herstellungs- kosten Euro	Zugang - Abgang Euro	Abschreibungen		Stand zum 31.12.2023 Euro
			kumuliert Vorjahre Euro	2023 - Abgang Euro	
Maschinen	3.492.418,60	257.739,83 -897.191,74	1.567.589,20	342.283,20 -897.176,74	1.840.271,03
Betriebsvorrichtungen	1.166.258,42	1.122,46 -884.794,14	919.725,14	26.608,00 -880.656,14	216.909,74
	4.658.677,02	258.862,29 -1.781.985,88	2.487.314,34	368.891,20 -1.777.832,88	2.057.180,77

Unter **Zugang** werden die Anschaffung einer vorher geleaste Flexodruckmaschine (TEuro 201,1), einer Dosieranlage für Farben (TEuro 18,8) sowie die Installationen für die geleaste Kaschieranlage (TEuro 37,8) ausgewiesen. Eine Löschschaummischanlage vervollständigt den Zugang (TEuro 1,1).

3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Euro 539.487,03
(2022 Euro 613.681,74)

	Anschaffungs-/ Herstellungs- kosten Euro	Zugang - Abgang Euro	Abschreibungen		Stand zum 31.12.2023 Euro
			kumuliert Vorjahre Euro	2023 - Abgang Euro	
Büroeinrichtung	119.752,79	0,00 -63.509,42	76.963,42	7.097,00 -63.491,42	35.674,37
Betriebsausstattung	869.436,38	9.642,66 -479.834,84	694.660,57	61.231,40 -478.287,84	121.640,07
Werkzeuge	380.708,45	0,00	15.931,00	8.892,00	355.885,45
Mietereinbauten	20.434,52	0,00	4.388,00	2.358,00	13.688,52
GWG	45.795,43	4.909,11 -23.238,87	30.502,84	7.600,08 -23.235,87	12.598,62
		14.551,77		87.178,48	
	1.436.127,57	-566.583,13	822.445,83	-565.015,13	539.487,03

Unter den **Zugängen** wird im Wesentlichen die Anschaffung diverser Hardware sowie Geringwertige Wirtschaftsgüter ausgewiesen.

4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Euro	0,00
(2022	Euro	179.400,00)

Es wurden erste Aufwendungen für eine Kaschieranlage ausgewiesen, die zur Inbetriebnahme geleast wurde.

III. Finanzanlagen

1. sonstige Ausleihungen	Euro	2.556,46
(2022	Euro	2.556,46)

Es handelt sich um ein zinslos gewährtes Darlehn an den Gesamtverband kunststoffverarbeitende Industrie eV. (GKV) in Höhe von DM 5.000,00 (= Euro 2.556,46).

Das Darlehn ist zweckgebunden und diente dem Erwerb von Anteilen der BKV Beteiligungs- und Kunststoffverwertungsgesellschaft mbH zur Kapitalaufstockung. Der Ausweis erfolgt unverändert gegenüber dem Vorjahr.

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte

Die Bestände sind durch körperliche Bestandsaufnahme am 22. Dezember 2023 ermittelt. Wir haben an der Inventur beobachtend teilgenommen. Originalaufnahmelisten haben vorgelegen. Die rechnerische Richtigkeit und die Bewertung wurden in zahlreichen Stichproben geprüft.

1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

	<u>Euro</u>	<u>679.838,28</u>
(2022	Euro	776.400,50)
	31.12.2023	31.12.2022
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Bestand Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	550.640,47	584.980,57
Bestand Farbe	<u>129.197,81</u>	<u>191.419,93</u>
	<u>679.838,28</u>	<u>776.400,50</u>

Die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erfolgte zu Einkaufspreisen unter Abzug von Skonti. Wie in den Vorjahren erfolgte eine pauschale Abwertung von nicht mehr gängigen Folien.

2. unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	<u>Euro</u>	<u>147.178,75</u>
	(2022 Euro	134.617,47)

Die unfertigen Erzeugnisse wurden zu Herstellungskosten bewertet. In die Herstellungskosten wurden die direkt zurechenbaren Einzelkosten und die aktivierungspflichtigen Gemeinkosten einbezogen. Die Bewertung erfolgte anhand Einzelkosten und Gemeinkostenzuschlägen unter Berücksichtigung des Fertigstellungsgrades.

3. fertige Erzeugnisse und Waren	<u>Euro</u>	<u>808.323,83</u>
	(2022 Euro	1.005.846,70)

Die fertigen Erzeugnisse wurden zu Herstellungskosten bewertet. In die Herstellungskosten wurden die direkt zurechenbaren Einzelkosten und die aktivierungspflichtigen Gemeinkosten einbezogen. Wertabschläge auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	<u>Euro</u>	<u>903.545,07</u>
	(2022 Euro	833.714,47)
	31.12.2023	31.12.2022
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.953.036,54	2.132.237,64
Angekaufter Bestand Deutsche Factoring Bank	-1.045.391,47	-1.296.673,17
Pauschalwertberichtigung	<u>-4.100,00</u>	<u>-1.850,00</u>
	<u>903.545,07</u>	<u>833.714,47</u>

Die ausgewiesenen Forderungen zum Bilanzstichtag stimmen mit der Saldenliste, den Personenkonten und dem entsprechenden Sachkonto überein.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden mit den Geschäftspartnern in der Form abgestimmt, dass die Berichtsfirma Saldenbestätigungen an unsere Adresse eingeholt hat. Unsere Feststellungen führten zu keinen Beanstandungen.

Angekaufter Bestand Deutsche Factoring Bank

Angekaufter Bestand Deutsche Factoring Bank	-1.778.027,88	-2.085.079,30
Sperrkonto I Deutsche Factoring Bank	182.281,59	215.314,30
Sperrkonto III Deutsche Factoring Bank	138.000,00	66.000,00
Übertrag der verpfändeten Konten Dt. Factoring Bank	<u>412.354,82</u>	<u>507.091,83</u>
	<u>-1.045.391,47</u>	<u>-1.296.673,17</u>

Zur Abdeckung des im Forderungsbestand latent vorhandenen allgemeinen Kreditrisikos wurde eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 1% der um die Umsatzsteuer geminderten Forderungen wie folgt gebildet:

	<u>Euro</u>
nicht am Factoring teilnehmende Forderungen	445.414,22
./. enthaltene Umsatzsteuer (ca. die Hälfte Inlandsumsätze)	35.558,28
	<u>409.855,94</u>
Wertzuberichtigende Forderungen	409.855,94
davon Pauschalwertberichtigung 1%	<u><u>4.100,00</u></u>

2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen

	<u>Euro</u>	<u>220.000,00</u>
(2022)	Euro	162.460,36)

Ausgewiesen wird ein kurzfristiges Darlehenskonto mit der Gesellschafterin Schonlau Besitzgesellschaft mbH & Co Kommanditgesellschaft. Seit 2021 besteht zwischen den beiden Gesellschaften eine umsatzsteuerliche Organschaft. Der Ausweis stimmt mit dem korrespondierenden Konto bei dem verbundenen Unternehmen überein. Das Konto wurde in der Vergangenheit immer wieder ausgeglichen. Seit Beginn des Jahres 2023 wird das Konto in Anlehnung an den Basiszins verzinst.

	31.12.2023	31.12.2022
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Stand: 01.01.	162.460,36	289.730,66
+/- Verrechnungen	<u>57.539,64</u>	<u>-127.270,30</u>
Stand: 31.12.	<u><u>220.000,00</u></u>	<u><u>162.460,36</u></u>

3. sonstige Vermögensgegenstände

	<u>Euro</u>	<u>174.833,17</u>
(2022	Euro	203.050,83)
	31.12.2023	31.12.2022
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Sonstige Forderungen	72.000,00	140.731,42
Debitorische Kreditoren	60.849,09	787,97
Gewerbesteuerforderung lfd. Jahr	28.262,33	17.689,00
Körperschaftsteuerforderung lfd. Jahr	12.545,00	43.249,00
Forderungen gegen Personal	<u>1.176,75</u>	<u>593,44</u>
	<u>174.833,17</u>	<u>203.050,83</u>

In den Sonstigen Forderungen sind im Wesentlichen Bonusansprüche (TEuro 72,0) enthalten.

III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

	<u>Euro</u>	<u>771.054,24</u>
(2022	Euro	800.223,61)
	31.12.2023	31.12.2022
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Sparkasse Iserlohn 186 460	680.799,73	626.938,93
Sparkasse Iserlohn 100 033 471 (S-Cashplus)	50.122,06	50.022,77
Sparkasse SoestWerl 1200 0261	0,00	11.514,06
Commerzbank Iserlohn 570 2774 00	10.691,37	28.629,76
Commerzbank Iserlohn 570 2774 01	<u>29.441,08</u>	<u>83.118,09</u>
	<u>771.054,24</u>	<u>800.223,61</u>

Die Guthaben bei den Kreditinstituten wurden durch Kontoauszüge der Banken sowie gesonderter Bestätigungsschreiben nachgewiesen. Zinsen und Gebühren sind periodengerecht erfasst.

C. Rechnungsabgrenzungsposten

	<u>Euro</u>	<u>98.870,43</u>
(2022	Euro	12.880,00)

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Leasingsonderzahlung Kaschieranlage	40.578,07	0,00
Miete Januar	35.750,00	0,00
Wartungsverträge	18.542,36	12.880,00
Strom-Vorauszahlung Januar	<u>4.000,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>98.870,43</u>	<u>12.880,00</u>

A. Eigenkapital

I. Gezeichnetes Kapital

	Euro	550.000,00
(2022	Euro	550.000,00)
	31.12.2023	31.12.2022
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Schonlau Besitzgesellschaft mbH & Co Kommanditgesellschaft	<u>550.000,00</u>	<u>550.000,00</u>
	<u>550.000,00</u>	<u>550.000,00</u>

Das Stammkapital ist in voller Höhe eingezahlt. Der Ausweis erfolgt unverändert gegenüber dem Vorjahr.

II. Gewinnvortrag

	Euro	2.086.997,49
(2022	Euro	2.029.817,93)
	31.12.2023	31.12.2022
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Gewinnvortrag Vorjahr	2.029.817,93	2.556.478,52
+ Jahresüberschuss Vorjahr	57.179,56	173.339,41
./. Gewinnausschüttung	0,00	700.000,00
	<u>2.086.997,49</u>	<u>2.029.817,93</u>

III. Jahresüberschuss

	Euro	131.773,56
(2022	Euro	57.179,56)

B. Rückstellungen

2. sonstige Rückstellungen				Euro	297.325,00
	(2022	Euro			382.550,00)
	Stand zum 01.01.2023 Euro	Verbrauch 2023 Euro	Auflösung 2023 Euro	Zuführung 2023 Euro	Stand zum 31.12.2023 Euro
Weihnachtsgeld	90.000,00	90.000,00	0,00	0,00	0,00
Tantiemen/Prämien	52.500,00	52.500,00	0,00	52.400,00	52.400,00
Urlaubsverpflichtungen	6.140,00	6.140,00	0,00	11.250,00	11.250,00
Stundenguthaben	8.110,00	8.110,00	0,00	0,00	0,00
	156.750,00	156.750,00	0,00	63.650,00	63.650,00
Ausstehende Rechnungen/Boni	122.700,00	122.700,00	0,00	143.900,00	143.900,00
Archivierungsaufwand	23.500,00	0,00	300,00	0,00	23.200,00
Gewährleistungsverpflichtungen	54.600,00	0,00	13.025,00	0,00	41.575,00
Jahresabschlusskosten	25.000,00	25.000,00	0,00	25.000,00	25.000,00
	<u>382.550,00</u>	<u>304.450,00</u>	<u>13.325,00</u>	<u>232.550,00</u>	<u>297.325,00</u>

Tantiemen/Prämien

Der Ausweis berücksichtigt Zusagen an die Geschäftsführung sowie weiteren leitenden Arbeitnehmern.

Die Verpflichtungen der Gesellschaft betragen insgesamt **Euro 52.400,00**.

Urlaubsverpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestehende Urlaubsansprüche von Arbeitnehmern sind durch eine Resturlaubsliste nachgewiesen. Die Rückstellungsbildung erfolgte in der Bewertung der Verpflichtung, noch nicht im alten Geschäftsjahr genommene Freizeit zu gewähren. Die Kosten setzen sich aus dem durchschnittlichen Tageslohn der betreffenden Arbeitnehmer, dem zusätzlichen Urlaubsgeld sowie eines Zuschlages von 25% für Sozialkosten (Arbeitgeber-Sozialversicherungsanteil, Berufsgenossenschaftsbeiträge, Gemeinkosten der Personalverwaltung) zusammen:

	Euro
Urlaubsentgelt	9.000,00
25% Zuschlag für soziale Aufwendungen	2.250,00
	11.250,00

Ausstehende Rechnungen

Für zum Bilanzstichtag nicht endgültig abgerechnete Leistungen und gewährte Boni des Jahres 2023 wurde eine Rückstellung in Höhe von **Euro 143.900,00** gebildet. Eine Einzelaufstellung hat uns vorgelegen.

Archivierungsaufwand

Wegen der gesetzlichen Verpflichtung zur Aufbewahrung von entstandenen Geschäftsunterlagen, ist eine Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten zu bilden. Bei der Ermittlung des zurückzustellenden Betrages wurden neben den jährlichen Aufwendungen auch einmalige Archivierungskosten berücksichtigt. Für 2023 hat sich eine Rückstellung von **Euro 23.200,00** ergeben.

Gewährleistungsverpflichtungen

Mit der Rückstellung für Gewährleistungen wurde dem Risiko künftiger Erlösschmälerungen durch kostenlose Nacharbeiten, Ersatzlieferungen oder auch erteilten Gutschriften Rechnung getragen. Die Rückstellung wurde pauschal mit 0,25 % des garantiebehafteten Jahresumsatzes (= rd. **Euro 41.575,00**) ermittelt.

Jahresabschlusskosten

Die Gebühren für die Verpflichtung zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes, für die gesetzliche Verpflichtung zur Prüfung und Veröffentlichung dieses Jahresabschlusses sowie Erstellung der betrieblichen Steuererklärungen 2023 sind mit **Euro 25.000,00** zurückgestellt; betriebsinterne Aufwendungen wurden berücksichtigt.

C. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	(2022	<u>Euro</u>	<u>2.311.168,02</u>
		Euro	2.630.535,89)
	31.12.2023		31.12.2022
	<u>Euro</u>		<u>Euro</u>
Darlehnsverbindlichkeiten	2.286.972,22		2.630.535,89
Kontokorrentverbindlichkeiten	<u>24.195,80</u>		<u>0,00</u>
	<u>2.311.168,02</u>		<u>2.630.535,89</u>

<u>Darlehnsverbindlichkeiten</u>	Stand zum 01.01.2023 Euro	Zugang 2023 Euro	Tilgung 2023 Euro	Stand zum 31.12.2023 Euro	Zinsen 2023 Euro
<u>Sparkasse Iserlohn</u>					
> Darlehns-Nr. 600 461 909 (KfW)	262.500,00	0,00	75.000,00	187.500,00	2.343,76
> Darlehns-Nr. 600 461 917 (KfW)	300.000,00	0,00	40.000,00	260.000,00	2.850,00
> Darlehns-Nr. 600 501 555 (KfW)	0,00	201.103,00	38.934,87	162.168,13	7.244,53
<u>Sparkasse SoestWerl</u>					
> Darlehns-Nr. 600 266 126 (KfW)	262.500,00	0,00	75.000,00	187.500,00	2.343,76
> Darlehns-Nr. 600 266 118 (KfW)	300.000,00	0,00	40.000,00	260.000,00	2.850,00
CommerzReal	1.505.535,89	0,00	275.731,80	1.229.804,09	14.882,40
	<u>2.630.535,89</u>	<u>201.103,00</u>	<u>544.666,67</u>	<u>2.286.972,22</u>	<u>32.514,45</u>

Die Darlehn, Kontostände und Zinsbelastungen stimmen mit den vorgelegten Kontoauszügen und Bestätigungen der Kreditinstitute überein. Zu den Restlaufzeiten verweisen wir auf den Anhang. Zinsen und Bankspesen werden periodengerecht ausgewiesen.

Sparkasse Iserlohn
Darlehns-Nr. 600 461 909 (KfW)

Zur Finanzierung von Material- und Warenlager sowie für Betriebsmittel hat die Sparkasse der Stadt Iserlohn der Gesellschaft ein Darlehn über Euro 450.000,00 zur Verfügung gestellt. Bei einer Laufzeit von 6 Jahren mit vierteljährlichen Tilgungen von TEuro 18,75 (ab III/2020) beträgt die Verzinsung 1,00%.

Sparkasse Iserlohn
Darlehns-Nr. 600 461 917 (KfW)

Zur Finanzierung von Material- und Warenlager sowie für Betriebsmittel hat die Sparkasse der Stadt Iserlohn der Gesellschaft ein Darlehn über Euro 400.000,00 zur Verfügung gestellt. Bei einer Laufzeit von 10 Jahren mit vierteljährlichen Tilgungen von TEuro 10,0 (ab III/2020) beträgt die Verzinsung 1,00%.

Sparkasse Iserlohn
Darlehns-Nr. 600 501 555 (KfW)

Zur Finanzierung der Anschaffung der neuen Flexodruckmaschine hat die Sparkasse der Stadt Iserlohn der Gesellschaft ein Darlehn über Euro 201.103,00 zur Verfügung gestellt. Bei einer Laufzeit von 4 Jahren mit monatlichen Tilgungsraten von Euro 4.617,94 (ab III/2023) beträgt die Verzinsung 4,84%.

Sparkasse SoestWerl
Darlehns-Nr. 600 266 126 (KfW)

Zur Finanzierung von Material- und Warenlager sowie für Betriebsmittel hat die Sparkasse SoestWerl der Gesellschaft ein Darlehn über Euro 450.000,00 zur Verfügung gestellt. Bei einer Laufzeit von 6 Jahren mit vierteljährlichen Tilgungen von TEuro 18,75 (ab III/2020) beträgt die Verzinsung 1,00%.

Sparkasse SoestWerl
Darlehns-Nr. 600 266 118 (KfW)

Zur Finanzierung von Material- und Warenlager sowie für Betriebsmittel hat die Sparkasse SoestWerl der Gesellschaft ein Darlehn über Euro 400.000,00 zur Verfügung gestellt. Bei einer Laufzeit von 10 Jahren mit vierteljährlichen Tilgungen von TEuro 10,0 (ab III/2020) beträgt die Verzinsung 1,00%.

CommerzReal

Zur Finanzierung einer Flexodruckmaschine hat die CommerzReal mit der Gesellschaft einen Mietkaufvertrag über Euro 2.050.000,00 geschlossen mit einer Laufzeit von 8 Jahren.

Kontokorrentverbindlichkeiten

Sparkasse SoestWerl 1200 0261	<u>24.195,80</u>	<u>0,00</u>
	<u>24.195,80</u>	<u>0,00</u>

2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Euro	<u>953.698,27</u>
(2022 Euro	1.181.682,90)

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag stimmen mit der Saldenliste, den Personenkonten und dem entsprechenden Sachkonto überein. Debitorische Kreditoren in Höhe von Euro 60.849,09 werden unter der Position AKTIVA B. II. 3. "Sonstige Vermögensgegenstände" ausgewiesen. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen wurden mit den Geschäftspartnern in der Form abgestimmt, dass die Berichtsfirma Saldenbestätigungen an unsere Adresse eingeholt hat. Unsere Feststellungen führten zu keinen Beanstandungen.

3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Euro	<u>23.735,42</u>
(2022 Euro	0,00)

	31.12.2023	31.12.2022
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Schonlau Besitzgesellschaft mbH & Co Kommanditgesellschaft	<u>23.735,42</u>	<u>0,00</u>
	<u>23.735,42</u>	<u>0,00</u>

Ausgewiesen wird ein kurzfristiges Verrechnungskonto mit der Gesellschafterin Schonlau Besitzgesellschaft mbH & Co Kommanditgesellschaft. Seit 2021 besteht zwischen den beiden Gesellschaften eine umsatzsteuerliche Organschaft. Der Ausweis stimmt mit dem korrespondierenden Konto bei dem verbundenen Unternehmen überein. Das Konto wurde in der Vergangenheit immer wieder ausgeglichen. Seit Beginn des Jahres 2023 wird das Konto in Anlehnung an den Basiszins verzinst.

4. sonstige Verbindlichkeiten

Euro 46.529,11
(2022 Euro 70.433,38)

	31.12.2023	31.12.2022
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuern	26.098,22	26.636,07
Abrechnung Deutsche Factoring Bank	10.182,34	8.666,01
Verbindlichkeiten aus Einbehaltungen	7.519,58	0,00
Kreditorische Debitoren	1.605,22	32.942,06
Verbindlichkeiten aus Sozialabgaben	1.123,75	1.789,24
Übrige Verbindlichkeiten	<u>0,00</u>	<u>400,00</u>
	<u>46.529,11</u>	<u>70.433,38</u>

D. Passive latente Steuern

Euro 23.704,00
(2022 Euro 27.378,00)

Es handelt sich um den Steuerentlastungsbetrag aus temporären Abweichungen zwischen handels- und steuerrechtlichen Wertansätzen im Anlagevermögen zum Bilanzstichtag (§ 274 Abs. 1 S. 1 HGB).

Gewinn- und Verlustrechnung 2023

1. Umsatzerlöse

Euro 18.528.673,62
(2022: Euro 22.321.937,14)

	<u>2023</u> <u>Euro</u>	<u>2022</u> <u>Euro</u>
Erlöse Ausland	13.224.565,89	16.625.678,57
Erlöse Inland	5.514.626,47	5.886.538,81
Erlösschmälerungen Inland	-57.167,01	-67.842,49
Erlösschmälerungen Ausland	<u>-153.351,73</u>	<u>-122.437,75</u>
	<u>18.528.673,62</u>	<u>22.321.937,14</u>

Erlöse Ausland

Erlöse EU (ig Lieferung)	11.357.702,33	14.012.534,44
Erlöse Handelsware EU	1.184.128,48	1.753.425,08
Erlöse Handelsware Drittland	373.105,39	402.131,96
Erlöse Drittland (steuerfrei §4)	164.503,93	224.742,50
Erlöse Klischees EU	136.249,95	219.589,59
Erlöse Fracht (ig)	5.666,16	4.830,00
Erlöse Sonderkosten EU	3.073,28	8.425,00
Erlöse Fracht Drittland	<u>136,37</u>	<u>0,00</u>
	<u>13.224.565,89</u>	<u>16.625.678,57</u>

Erlöse Inland

Erlöse 19%	5.108.214,04	5.404.157,80
Erlöse Klischees 19%	212.273,86	150.745,51
Erlöse Handelsware 19%	128.987,68	254.636,25
Erlöse Abfallverwertung	33.420,63	38.261,25
Übrige Erlöse	29.347,58	35.041,42
Erlöse Fracht 19%	2.800,00	2.822,98
Erlöse Sonderkosten 19%	<u>-417,32</u>	<u>873,60</u>
	<u>5.514.626,47</u>	<u>5.886.538,81</u>

Erlösschmälerungen Inland

Erlösschmälerungen 19%	0,00	-27.465,19
Gewährte Boni 19%	-4.789,84	0,00
Gewährte Skonti 19%	<u>-52.377,17</u>	<u>-40.377,30</u>
	<u>-57.167,01</u>	<u>-67.842,49</u>

Erlösschmälerungen Ausland

Gewährte Skonti	-230,68	-679,91
Gewährte Skonti stfr. EU-Lieferung	-15.580,12	-15.857,84
Gewährte Boni EU	<u>-137.540,93</u>	<u>-105.900,00</u>
	<u>-153.351,73</u>	<u>-122.437,75</u>

2. Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen

	<u>Euro</u>	<u>184.961,59</u>
	(2022: Euro	74.815,83)
	2023	2022
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Bestandsveränderungen unfertige Erzeugnisse	-12.561,28	18.242,53
Bestandsveränderungen fertige Erzeugnisse	<u>197.522,87</u>	<u>56.573,30</u>
	<u>184.961,59</u>	<u>74.815,83</u>

3. sonstige betriebliche Erträge

	<u>Euro</u>	<u>46.460,61</u>
	(2022: Euro	64.155,06)
	2023	2022
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Verrechnete Sachbezüge	19.201,99	23.458,01
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	13.325,00	2.000,00
Erträge aus der PV-Anlage	5.978,41	23.517,05
Sonstige betriebliche Erlöse	5.171,28	15.180,00
Nicht steuerbarer Schadenersatz	2.781,93	0,00
Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	<u>2,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>46.460,61</u>	<u>64.155,06</u>

4. Materialaufwand

a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren

Euro 9.897.866,76
(2022: Euro 13.500.667,97)

	2023 Euro	2022 Euro
Handels- und Rohwareneinkauf	8.470.454,96	11.726.635,21
Einkauf Druckfarben	1.101.693,80	1.323.836,09
Wareneingang Kaschier-Kleber	371.022,00	323.330,00
Bestandsveränderung RHB-Stoffe/bezogene Ware	96.562,22	25.349,50
Fracht und Einfuhrabgaben	65.745,12	45.903,68
Steuerfreie Einfuhren	672,00	284.435,78
Erhaltene Skonti	-75.732,41	-85.946,97
Erhaltene Boni	<u>-132.550,93</u>	<u>-142.875,32</u>
	<u>9.897.866,76</u>	<u>13.500.667,97</u>

b) Aufwendungen für bezogene Leistungen

Euro 622.464,52
(2022: Euro 622.790,43)

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2023 Euro	2022 Euro
Klischeekosten	385.068,16	391.653,93
Fremdleistungen (für die Fertigung)	135.734,23	166.458,86
Leiharbeiter	<u>101.662,13</u>	<u>64.677,64</u>
	<u>622.464,52</u>	<u>622.790,43</u>

5. Personalaufwand

a) Löhne und Gehälter

Euro 3.278.351,63
(2022: Euro 3.442.056,67)

	2023 Euro	2022 Euro
Löhne	2.018.947,44	2.182.825,54
Gehälter	928.756,37	965.595,96
Urlaubsgeld / Weihnachtsgeld	228.341,15	207.973,81
Tantiemen	52.319,00	52.499,00
Abfindungen	28.300,00	9.400,00
Freiwillig soziale Aufwendungen, lohnsteuerpflichtig	13.127,56	14.695,55
Vermögenswirksame Leistungen	<u>8.560,11</u>	<u>9.066,81</u>
	<u>3.278.351,63</u>	<u>3.442.056,67</u>

b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung

Euro 698.478,58
(2022: Euro 689.118,16)

	2023 Euro	2022 Euro
Gesetzliche soziale Aufwendungen	614.678,85	612.148,80
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	45.321,42	38.659,51
Aufwendungen für Altersversorgung	30.000,00	30.000,00
Direktversicherungen	<u>8.478,31</u>	<u>8.309,85</u>
	<u>698.478,58</u>	<u>689.118,16</u>

6. Abschreibungen

a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

	<u>Euro</u>	<u>465.006,68</u>
	(2022: Euro	424.953,89)
	2023	2022
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	7.233,00	9.695,00
Abschreibungen auf Sachanlagen	450.173,60	408.411,85
Abschreibungen auf GWG Sammelposten	<u>7.600,08</u>	<u>6.847,04</u>
	<u>465.006,68</u>	<u>424.953,89</u>

7. sonstige betriebliche Aufwendungen

	<u>Euro</u>	<u>3.196.763,59</u>
	(2022: Euro	3.500.234,82)
	2023	2022
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Betriebskosten	2.031.443,59	2.155.489,96
Vertriebskosten	757.056,00	950.595,37
Verwaltungskosten	387.494,61	375.350,62
Sonstige Kosten	<u>20.769,39</u>	<u>18.798,87</u>
	<u>3.196.763,59</u>	<u>3.500.234,82</u>

Betriebskosten

Leasing Anlagevermögen	495.551,41	710.480,13
Miete	429.000,00	429.000,00
Strom	199.942,13	230.334,29
Betriebsbedarf	180.305,47	189.448,97
Gas (Heizung)	175.636,34	114.172,51
Reparaturen / Instandhaltung	128.042,62	154.882,00
Reinigung Arbeitskleidung	82.741,58	79.144,74
Aufwand Abfallbeseitigung	74.562,20	66.069,49
Wartung - Serviceintervalle	53.232,71	48.833,95
Instandhaltung Räume	47.800,78	39.447,20
Miete Betriebsvorrichtungen	36.000,00	0,00
Betriebsbedarf Hülsen	28.616,58	18.942,18
Grundstücksaufwendungen	27.581,23	0,00
PKW-Leasing	25.753,93	31.900,63
lfd. Kfz-Betriebskosten	13.474,65	13.379,57
Mietleasing für Elektrofahrzeuge	10.166,25	0,00
Prüfungen, Analyse	9.261,10	19.354,02
Reparaturen - Werksleistungen EU	6.003,68	1.994,21
Kfz-Versicherungen	5.371,19	5.368,57
Kosten der Betriebsverlagerung	1.153,67	226,12
Wasser	733,21	524,31
Kfz-Reparaturen	182,00	90,00
Fahrzeugkosten, Mietwagen etc.	181,46	1.750,67
Kilometergelderstattung Arbeitnehmer	<u>149,40</u>	<u>146,40</u>
	<u>2.031.443,59</u>	<u>2.155.489,96</u>

Vertriebskosten

Ausgangsfrachten	450.536,29	503.632,13
Verpackungsmaterial	276.362,08	419.649,67
Reisekosten AN Übernachtung	6.647,95	7.192,26
Repräsentationskosten	5.807,09	7.779,96
Provisionen EU - Länder	5.335,95	0,00
Reisekosten Arbeitnehmer Fahrtkosten	3.984,10	0,00
Reisekosten Arbeitnehmer	3.479,61	2.973,72
Reisekosten AN Verpflegungsmehraufwand	2.456,15	1.998,00
Bewirtungskosten, 70% abzugsfähig	2.158,10	883,36
Nicht abzugsfähige Bewirtungskosten	271,54	0,00
Werbekosten	17,14	1.210,86
Verkaufsprovisionen	0,00	3.196,82
Aufwand für Gewährleistungen	0,00	1.700,00
Bewirtungskosten, 30% nicht abzugsfähig	<u>0,00</u>	<u>378,59</u>
	<u>757.056,00</u>	<u>950.595,37</u>

Verwaltungskosten

Wartungskosten für Hard- und Software	97.390,53	90.121,72
Versicherungen	58.204,42	59.380,07
Gebühren Factoring	35.014,61	39.939,49
Beiträge	31.655,55	15.825,93
Buchführungskosten	31.237,50	1.133,75
Rechts- und Beratungskosten	27.090,54	37.635,25
Abschluss- und Prüfungskosten	26.811,18	18.860,00
Telefon	14.207,25	17.586,55
Audits, Zertifizierung	13.175,55	23.592,58
Leasing Jobrad	12.222,35	14.975,07
Ausgleichsabgabe i.S.d. Schwerbehindertengesetzes	11.520,00	12.600,00
Nebenkosten des Geldverkehrs	10.910,10	10.547,15
Mieten für Einrichtungen	7.176,05	26.416,14
Reparaturen für Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.667,17	0,00
Bürobedarf	3.234,89	4.064,55
Zeitschriften und Bücher	2.628,07	2.363,78
Porto	<u>348,85</u>	<u>308,59</u>
	<u>387.494,61</u>	<u>375.350,62</u>

Sonstige Kosten

Freiwillige soziale Aufwendungen	8.868,84	13.651,05
Abgänge Sachanlagen Restbuchwerte (Buchverlust)	5.749,00	0,00
Fortbildungskosten/Seminare	2.333,98	1.018,00
Einstellung in die Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	2.250,00	3.813,99
Periodenfremde Aufwendungen	1.482,61	315,83
Geschenke bis 35,00 Euro	<u>84,96</u>	<u>0,00</u>
	<u>20.769,39</u>	<u>18.798,87</u>

8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Euro	<u>6.063,35</u>
(2022: Euro	0,00)

In den Zinserträgen sind im Wesentlichen Zinsen auf die Verrechnungskonten mit der Muttergesellschaft enthalten (TEuro 5,9).

9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Euro	<u>110.187,07</u>
(2022: Euro	73.372,99)

	<u>2023</u> <u>Euro</u>	<u>2022</u> <u>Euro</u>
Zinsaufwendungen Factoring	77.672,62	42.800,83
Zinsaufwendungen langfristige Verbindlichkeiten	32.514,45	30.527,48
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>0,00</u>	<u>44,68</u>
	<u>110.187,07</u>	<u>73.372,99</u>

10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Euro	<u>3.080,32</u>
(2022: Euro	-4.127,63)

	<u>2023</u> <u>Euro</u>	<u>2022</u> <u>Euro</u>
Körperschaftsteuer	10.612,00	0,00
Körperschaftssteuer Vorjahre (aufgrund BP)	-11.950,00	-4.637,00
Solidaritätszuschlag	583,00	0,00
Solidaritätszuschlag Vorjahre	-657,35	-253,72
Aufwendungen aus der Zuführung/Auflösung latenter Steuern	-3.674,00	4.183,00
Gewerbesteuer Vorjahre	-10.573,33	-7.576,91
Gewerbesteuer	<u>18.740,00</u>	<u>4.157,00</u>
	<u>3.080,32</u>	<u>-4.127,63</u>

11. Ergebnis nach Steuern

	<u>Euro</u>	<u>124.036,84</u>
(2022: Euro		62.209,07)

12. sonstige Steuern

	<u>Euro</u>	<u>-7.736,72</u>
(2022: Euro		5.029,51)

	2023 <u>Euro</u>	2022 <u>Euro</u>
Umsatz- und Lohnsteuernachzahlung lt. BP	-7.745,72	4.789,51
Kfz-Steuern	<u>9,00</u>	<u>240,00</u>
	<u>-7.736,72</u>	<u>5.029,51</u>

13. Jahresüberschuss

	<u>Euro</u>	<u>131.773,56</u>
(2022: Euro		57.179,56)

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständigen Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
- Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherschlichtungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.